Posener Zeitung.

№ 225. Mittwoch den 27. September. 1848.

Inland.

Berlin, den 26. Sept. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Post-Direktor Gürtler zu Jauer und den katholischen Pfarrern Knoblich zu Neustadt und Schuch zu Roben, im Regierungs-Bezirk Oppeln, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Stadtförster Jaeger zu Langensalza und dem Polizei-Sergeanten H. J. Moll zu Köln das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien, Pinder, ist nach Breslau abgereist.

---

§ Posen, den 25. September.

[Ein Mißverständniß.] Die schleswig-holsteinsche Angelegenheit tritt in eine neue Entwickelungsstufe. Der lange Verlauf der bezüglichen Verhandlungen der frankfurter National-Versammlung endete bekanntlich damit, daß das Parlament in seiner Sitzung vom 16ten September unter Verwerfung des Majoritäts- und Minoritäts-Antrags der Commission den Antrag des Abg. Francke annahm, der im 1. Artikel „die Vollziehung des Malmöer Waffenstillstandes, so weit solcher nach der gegenwärtigen Sachlage noch ausführbar ist, nicht länger zu hindern" bestimmt, und im 2. Artikel wörtlich also lautet: „2., die provisorische Central-Gewalt aufzufordern, die geeigneten Schritte zu thun, damit auf den Grund der dänischerseits amtlich erklärten Bereitwilligkeit über die nothwendigen Modifikationen des Vertrags vom 26. August d. J. baldigst eine Verständigung eintrete." Dieser zweite Artikel stützt sich auf die bekannt gewordene Bereitwilligkeit Dänemarks zu allerlei Concessionen, namentlich aber auf folgende officielle Erklärung Camphausen's, d. d. Frankfurt, den 9. September:

„Herr Minister!

Nach Empfang der Waffenstillstandsbedingungen habe ich sofort der königlichen Regierung die Bedenken vorgetragen, welche die Wahl des Grafen Moltke-Nütschau zum Vorsitzenden der provisorischen Regierung für Schleswig-Holstein veranlassen mußte. Die königliche Regierung theilt mir dieserhalb mit, daß sie Gewißheit habe, es sei der Graf Moltke von der Unmöglichkeit der Uebernahme der Präsidentur jetzt überzeugt und es werde diese Ueberzeugung von dem dänischen Bevollmächtigten getheilt. Der Graf Moltke hatte das Herzogthum verlassen und möchte als zurückgetreten anzusehen sein. Der dänische Bevollmächtigte Herr v. Reedtz hatte erklärt, daß Se. Maj. der König von Dänemark bereit sein werde zu Modifikationen und Concessionen, welche für die Ruhe der Herzogthümer wünschenswerth erscheinen.

Frankfurt a. M., den 9. Septbr. 1848. (gez.) Camphausen."

„An
den Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Heckscher, hier."

Die Dänische Regierung erläßt nun hiergegen ihrerseits unterm 17. d. M. nachfolgendes Rundschreiben an die Dänischen Gesandten im Auslande: „Die Gerüchte, daß Dänemark sich willig erklärt hat, gewisse näher bezeichnete Modifikationen in dem mit Preußen abgeschlossenen und ratifizirten Waffenstillstand vom 26. August einzuräumen, haben in keinem bedeutenden Grade die Aufmerksamkeit der Dänischen Regierung auf sich gezogen, so lange diese nur in Deutschen Blättern enthalten waren. Man verließ sich darauf, daß diese weder zu Hause noch auswärts Glauben finden würden. Da aber jetzt in Erfahrung gebracht wird, wie eine Fraktion der National-Versammlung in Frankfurt dennoch ihre Annahme oder Nichtannahme des Waffenstillstandes auf ein solches Gerücht hin bauen will, finde ich die Veranlassung, Sie zu ersuchen, bei der Regierung, bei welcher Sie akkreditirt sind, bestimmt zu erklären, daß von solchen Modifikationen durchaus keine Rede gewesen ist, weder als Vorschlag von der einen Seite, noch als Einwilligung dieser Seite. Es würde zu nicht wünschenswerthen Verwickelungen führen, falls oben benannte Versammlung, von unrichtigen Prämissen geleitet, einen Mittelweg einschlagen sollte zwischen Annahme und Verweigerung. Der Dänischen Regierung liegt es daher ob, jede Idee, daß sie zu solcher Unklarheit oder Zweideutigkeit Veranlassung gegeben hätte, zu entfernen. Was man von hier aus glaubt berechtigt zu sein, fordern zu dürfen, ist, daß diejenigen Autoritäten, welche sich selbst die Rechte beilegen, den gültig abgeschlossenen Waffenstillstand ihren späteren Bestimmungen zu unterwerfen, zu einem klaren Resultate kommen mögen, entweder den Waffenstillstand anzunehmen, um ihn mit derselben Gewissenhaftigkeit zu erfüllen, wie es von Seiten Dänemarks geschehen ist, oder ihn zu verwerfen. Der Waffenstillstand ist ein Versöhnungsakt mit den Herzogthümern. Sein Zweck ist, zu versuchen, die Differenzen auszugleichen, welche zwischen der Bevölkerung dieser Länder und der hiesigen entstanden sind. Dies Gute kann aber nicht erreicht werden, so lange die Partei in den Herzogthümern, welche die Fortsetzung des Krieges wünscht, Hoffnung hat, durch Unterstützung der National-Versammlung ihre Pläne zu erreichen. Darin findet die Dänische Regierung einen Grund mehr, dazu beizutragen, auch von Seiten Deutschlands eine unzweideutige Abmachung zu erwirken. Sie werden möglichst schnell der Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, eine Mittheilung in diesem Sinne machen."

Endlich erläßt bereits „die königliche Immediat-Kommission zur gemeinsamen Regierung der Herzogthümer Schleswig und Holstein", unterschrieben „Moltke, Johannsen, Hansen, Paulsen," von Sonderburg aus unterm 18. September ihre erste Verfügung.

Diese vier Aktenstücke reden für sich selbst und bedürfen keines Commentars. Nach den heftigsten, erbittertsten Debatten, die in ihrem Gefolge einen blutigen Aufstand herbeigeführt, ist in Frankfurt in der schleswig-holsteinschen Sache ein Beschluß gefaßt worden auf Grund von Erklärungen, die nicht existiren, es ist ein Rechtsspruch gefällt auf ein Fundament hin, das gar nicht vorhanden ist, und der Spruch ist demnach formell wie materiell unbegründet.

Es wirft sich sodann die Frage auf, welche Seite die Schuld der unglücklichen Verwirrung trägt, wen der Vorwurf dieser großartigen Täuschung trifft. Während noch ein Dunkel über die ganze Sachlage ausgebreitet ist, sprechen wir Herrn Camphausen von jeder Verantwortlichkeit frei, uud werfen die ganze Schwere der Anklage auf die dänische Diplomatie, die hier mit der ihr eigenthümlichen Pfiffigkeit einen wahrhaft unerhörten Streich ausgeführt hat. Die dänische Regierung wird schlimmsten Falls den Ausspruch ihres Bevollmächtigten desavouiren und auf Ausführung des Vertrags bestehen.

Die Aufregungslustigen in ganz Deutschland werden Stoff in Menge aus diesem Verhältniß ziehen, möglicherweise wird der Berliner Bewegung hiermit ein mächtiger Vorschub geleistet. Und doch thut uns in Deutschland die Ruhe und die Erwägung im Augenblicke so dringend Noth, und doch weist vielleicht die Praxis trotz alledem auf Anerkennen des Waffenstillstands, weil wir nur durch planmäßiges Vorbereiten und Handeln, durch gegenseitige Kräftigung und Stütze zur Einheit kommen, und diese uns vor Allem Noth thut, wenn es gilt, einen auswärtigen Feind verdienter Weise in die Schranken zu weisen und zu züchtigen.

Posen, den 26. September. Heute ist beim hiesigen General-Commando folgender kriegsministerieller Erlaß eingegangen:

„In Folge meiner Ernennung zum Minister-Präsidenten und Kriegs-Minister beehre ich mich Einem Königlichen Hochlöblichen General-Commando hierbei das Programm des neuen Ministeriums ergebenst zu übersenden.

Seine Majestät der König haben Sich bereits in dem Armee-Befehl vom 1. Mai d. J. über die Stellung auszusprechen geruht, welche die Armee bei den veränderten Verhältnissen des Staats anzunehmen habe. Auch hat mein Amtsvorgänger, der General-Lieutenant Freiherr v. Schreckenstein wiederholentlich und zuletzt in in dem Erlasse vom 13. d. M. erklärt, daß die Regierung Sr. Majestät reaktionaire Tendenzen überall nicht hegen und den eingeschlagenen Weg konstitutioneller Entwickelung mit redlichem Willen verfolgen werde. Zugleich ist dabei auf die Nothwendigkeit von ihm hingewiesen worden, in diesem Sinne durch alle Instanzen auf die Untergebenen angemessen einzuwirken.

Einverstanden mit diesen Ansichten und entschlossen, reaktionaire Tendenzen nicht zu dulden, ersuche ich Ein Königl. Hochlöbliches General-Commando, das gute Einvernehmen zwischen Civil und Militair nach Kräften zu fördern, und, wo sich reaktionaire Bestrebungen, wider Erwarten, bei den Wohldemselben untergebenen Truppen zeigen sollten, denselben entschieden entgegen zu treten.

Ein Königl. Hochlöbliches General-Commando wolle zu dem Ende von meinem gegenwärtigen Erlasse die Wohldemselben untergebenen Offiziere aller Grade zur Nachachtung in Kenntniß setzen. Dieselben sind zugleich darauf aufmerksam zu machen, daß sie, nach dem von Seiner Majestät der National-Versammlung vorgelegten Verfassungs-Entwurfe, gleich den Civil-Beamten zur Aufrechthaltung der Verfassung seiner Zeit eidlich werden verpflichtet werden, und daß mit der Uebernahme solcher Verpflichtung alle antikonstitutionelle Bestrebungen, wie sie überhaupt mit der Stellung eines Offiziers in der Armee unverträglich sind, in Widerspruch stehen würden. Je schwieriger die gegenwärtige Lage des preußischen und des gesammten deutschen Vaterlandes ist, desto nothwendiger ist ein einmüthiges Zusammenwirken aller gesetzlichen Gewalten, destomehr muß selbst der Schein einer Spaltung vermieden werden, um den Feinden des Vaterlandes jeden Vorwand, jede Hoffnung zu benehmen, um das gesäete Mißtrauen zu entfernen und allen Unbefangenen die Ueberzeugung zu gewähren, daß die von unserem Könige angebahnte freie Entwickelung des konstitutionellen Staats von der vaterländischen Kriegsmacht nicht bedroht, sondern geschützt wird.

Ich erkenne vollständig die Schwierigkeit der Aufgabe, die ich mit dem von Sr. Majestät mir anvertrauten Amte übernommen habe, halte mich aber überzeugt, daß Ein Hochlöbliches General-Commando sowohl, als die unter Wohldessen Befehl stehenden Offiziere, bewährt in Treue und Liebe zu König und Vaterland mit mir nach demselben Ziele streben werden.

Berlin, den 23. September 1848. Der Kriegsminister v. Pfuel.

Das General-Commando hat bei Bekanntmachung vorstehender Verordnung auf die Bemerkungen Bezug genommen, von denen ein ähnlicher Erlaß des früheren Kriegsministers begleitet gewesen ist.

♁ Schildberg, den 22. Sept. Schon seit Jahr und Tag ist die Verwaltung des hiesigen Bürgermeisterpostens eine interimistische, bisher geführt durch einen von der Regierung ex officio bestellt gewesenen Supernumerar. Indeß muß es demselben doch nicht gelungen sein, die fast ganz polnische Commune zu befriedigen, wiewohl nicht zu leugnen ist, daß er in den Tagen der Unruhen sehr viel zur Aufrechthaltung der Ordnung durch sein momentan entschiedenes und energisches Auftreten beigetragen hat. Eben so ist andrerseits einer hier befindlichen Clique zu erwähnen, die Alles was nicht rein polnisch-katholisch heißt, am liebsten vernichten möchte. Mit Genehmigung der Regierung ist nun ein anderer Stellvertreter in der Person des bisherigen Bezirks-Feldwebels Walther erwählt und eingeführt worden. Jedenfalls berechtigt diese Wahl zu den besten Hoffnungen. Sie sehen aber, daß auch unser Städtchen aus dem Provisorium nicht herauskommen kann. Wie im Großen, so im Kleinen. Was Wunder also, daß unsere Deputirten in Berlin nicht im Stande sind, den unbehaglichen, heillosen, provisorischen Zustand unsers Staates mit Kraft zu Ende zu führen.

Mit dem künftigen Monate wird die hiesige Gegend ein öffentliches Blatt erhalten: „Ein Ostrower Wochenblatt". Der uns vorliegende Prospectus bietet nach der einen Seite hin zu viel, d. h. Unzeitgemäßes, wenn er nämlich ad 2, Novellen und andere kleine Erzählungen und Gedichte verheißt, andrerseits hat er jedenfalls eine namhafte Lücke, wenn er, ein Blatt für die hiesige Gegend ankündigend, der polnischen Sprache nicht auch ihr Recht einräumt. Uebrigens wird dies Blättchen einem längst gefühlten Bedürfnisse abheifen, wenn auch die Regierung vor Jahr und Tag, bei Verweigerung des Consenses, nicht dieser Meinung war.

□ Berlin, den 25. Sept. Mit beklommenem Herzen blicken wir den

Ereignissen des heutigen und der nächsten Tage entgegen. Unzweifelhaft steht uns eine ernste Entscheidung bevor und wehe uns, wenn sie nicht bald eintritt. Oder sollten die schauderhaften Frankfurter Vorgänge wiederum für uns vergebens gewesen sein, sollte unsere Regierung so blind, so thöricht sein, zu übersehen, daß der Abgrund, der sich am Maine aufgethan hat, bis an und über die Spree hinaus sich erstreckt, sollte sie so sehr ihrer Pflicht vergessen, um in thatloser Ruhe die Schrecken unüberwindlich werden zu lassen, die uns unabweisbar bedrohen? Wie ist doch unser Volk in den sechs Monaten der Freiheit entsittlicht worden! „Mord?" rief man gestern in der Volks-Versammlung auf dem Exerzierplatz, „Mord war die Tödtung Auerswald's und Lichnowsky's? Ein ehrenvoller, ein zu ehrenvoller Tod war es für die Verräther!" Die Menge klatschte Beifall und mordete bereits im Geiste. Dann trat ein Soldat des 24. Regiments auf die Rednerbühne und erklärte, er werde, wenn er gegen das Volk geführt werden sollte, dem Offizier ins Gesicht sagen, daß er nicht schießen wolle. — Leider wird jeder Schritt, den die Regierung thut, mit Mißtrauen und Vorurtheil betrachtet, leider haftet der Fluch an ihr, daß jede ihrer Bewegungen gegen das Ungeheuer der Ochlokratie und der rothen Republik selbst von vielen Gutgesinnten für Reaktion gehalten wird. Sie hat einen schweren Stand, denn sie hat die Aufgabe, der Freiheit wohlthätige und nothwendige Grenzen zu ziehen. Möge sie ihr mühevolles und für sie selbst gefährliches Werk beginnen und vollenden, unbekümmert um den Schein, der wider sie spricht, gestärkt durch die Ueberzeugung, daß mit Wiederherstellung gesetzlicher Ordnung der Freiheit selber der beste Dienst geleistet wird. —

(Mittags). Große aufgeregte Volksmassen vor dem Schauspielhause. Schaaren von Rehbergern mit Jakobinermützen ziehen in der Ferne vorüber. Hier und da verwegene Gestalten, mit Gewehren bewaffnet. Das Gespräch handelt von Kampf und Barrikaden. Da verkündet endlich ein Redner, der eben die Versammlung verlassen hat, das Ministerium und die Kammer seien einig, Ministerpräsident v. Pfuel hat der Versammlung einen noch heute zu publizirenden Erlaß an die Armee vorgelesen, der dem Steinschen Antrage entspricht. (Den Erlaß selbst siehe unter Posen). Alle Parteien der Kammer erhoben sich zum Zeichen des Beifalls. — Die Volsmassen sind von dem Resultat sichtlich unbefriedigt; sie bedauern, auf einen so herrlichen Anlaß zum Losbrechen umsonst gehofft zu haben. Wie lange wird eine neue Veranlassung auf sich warten lassen? „Losgehen muß es doch!" hörte ich mehrfach betheuern.

Berlin, den 24. Sept. Aus dem Ministerium der geistlichen rc. Angelegenheiten geht uns folgende Mittheilung zu: „Es ist theils durch besondere Beschwerden, theils durch Nachrichten in öffentlichen Blättern mehrfach zur Kenntniß des Ministeriums gekommen, daß einzelne Geistliche die Gegenwart bewegende, öffentliche Angelegenheiten und diese betreffende Fragen, namentlich über das Verhältniß der Schule zur Kirche, in der Art mit ihrer amtlichen Stellung in Verbindung gebracht haben, daß sie von der Kanzel ihre Gemeindeglieder zur Unterschrift von Petitionen und Adressen aufgefordert, letztere auch zur Unterschrift in der Kirche ausgelegt haben. Wenn auch eine angemessene Belehrung der Gemeinden über derartige, das Interesse der Kirche berührende, Fragen, auch mit Rücksicht auf die Zeitbewegungen der Gegenwart, als nicht außerhalb des Berufs der Geistlichen und ihrer Wirksamkeit auf der Kanzel angesehen und ihnen eben so wenig das Recht bestritten werden kann, ihre und ihrer Gemeinden Ansichten und Wünsche auf dem Wege der Petition zur Oeffentlichkeit und zur Kenntniß der Behörden zu bringen, so konnte doch das bezeichnete Verfahren eben so wenig, als mit der Würde und dem Zweck des Gottesdienstes, wie mit der Stellung der Geistlichen vereinbar erachtet werden. Es sind deshalb sämmtliche Königliche Konsistorien durch das Ministerium veranlaßt worden, in dieser Beziehung die Geistlichen mit Anweisung zu versehen und auf ein angemessenes Verfahren in ähnlichen Fällen aufmerksam zu machen. (Pr. Staats-Anz.)

Berlin, den 23. September. Der Ober-Landesgerichts-Präsident Roetel aus Posen, welchem bei dem gegenwärtigen Ministerwechsel das Portefeuille der Justiz angetragen war, hat dasselbe abgelehnt. Man hört dies sehr bedauern, da Hr. Roetel ein Mann von sehr entschiedenem Charakter, festem Willen und großer Thatkraft sein soll. Wie man sagt, ist jetzt der Ober-Landesgerichts-Präsident Kisker in Naumburg aufgefordert worden, das Justiz-Ministerium zu übernehmen. Auch dieser ist als ein sehr umsichtiger, erfahrner und entschlossener Beamte, und zugleich als ein Mann des Fortschritts bekannt. — Ungeachtet das Seehandlungs-Institut jetzt einen neuen ersten Direktor in Hrn. Bloch erhalten hat, hält man es doch für gewiß, daß dies Institut bald gänzlich aufgelöst werden werde.

Magdeburg, den 21. Sept. Der Eindruck der Frankfurter Ereignisse ist auch hier überwältigend; fast mehr, als über die rothen Aufständischen ist man über die unsichtbare Frankfurter Bürgerwehr entrüstet. „Wie in Freiburg bei dem Heckerputsch 500 Mann wohlbewaffneter Bürgerwehr, vor dem Rathhause aufmarschirt, 40 bis 50 betrunkene Strolche nicht zur Stadt hinaus zu werfen im Stande war, mit ihnen vielmehr parlamentirte, sie mit Wehr und Waffen, ja, sogar mit zwei Kanonen ausstattete: so — sagt die hiesige Zeitung — bleibt die Frankfurter Bürgerwehr feige zu Hause, als es galt, die Ehre ihrer Stadt zu wahren. Wo waren die Montagskränzler, die politischen Vereine ohne Zahl, die sich in Frankfurt so breit machen, die Welt mit ihren Adressen und Protestationen überschwemmten und, bis zum Ekel wiederholt, „wie ein Mann" für die Freiheit, die Ehre des Vaterlandes aufstehen zu wollen sich vermaßen? Alle die tapfern Leute, die zur Zeit des Vorparlaments so heftig gegen Heranziehung von Truppen in größere Nähe von Frankfurt protestirten und sich, wenn wir nicht irren, 6000 Mann stark für den Schutz und die Sicherheit des Parlaments verbürgten, wo waren sie in den Stunden des Straßenkampfes?" Man fühlt, es ist eine Ermannung des Bürgerthums erforderlich — wenn wir nicht trostlosen Zuständen entgegen gehen sollen!

Coblenz, den 21. Sept. Die Zerstörung, welche vorgestern Abends hierselbst an dem Wohnhause unseres Abgeordneten, Herrn Adams, verübt worden ist, wirft einen Schandfleck auf die Stadt Coblenz. Herr Adams gehört zu den ausgezeichnetsten und am meisten beschäftigten Anwalten der Rheinprovinz und hat sich durch die strenge Rechtlichkeit, Thätigkeit und Uneigennützigkeit, welche er stets in seinen ausgedehnten Berufsgeschäften an den Tag gelegt, so wie durch den Eifer, mit welchem er stets zur Linderung des Elends der ärmeren Classe mitzuwirken sich bemühte, als einen Volksfreund im edelsten Sinne des Wortes bewährt. Durch Annahme seiner Wahl nach Frankfurt brachte er seinen Mitbürgern ein großes Opfer, indem er seinen höchst einträglichen Berufsgeschäften auf so lange Zeit sich gänzlich entziehen und überdies eine kranke Gattin zurücklassen mußte. Seine bisherige Thätigkeit als Mitglied der Deutschen National-Versammlung hat auch das Vertrauen des bei Weitem größten Theiles seiner Wähler gerechtfertigt, welche in ihm nicht einen Mann des gewaltsamen Umsturzes alles Bestehenden, sondern einen Freund des gesetzlichen Fortschrittes, der wahren, auf Recht und Ordnung beruhenden Freiheit zum Deutschen Reichstage senden wollten. Die Parthei der rothen Republik hat aber leider auch in Coblenz ihre zwar wenigen, aber in Verfolgung ihrer finstern Plane ungemein thätigen Anhänger gewonnen. Diesen Leuten ist Adams als einer ihrer entschiedensten Gegner verhaßt; sie fürchten seinen Einfluß auf die große Mehrzahl der Bürgerschaft von Coblenz und namentlich die ärmere Classe, die stets einen bereitwilligen und treuen Helfer in ihm gefunden. Darum haben sie schon seit einigen Monaten die schmählichsten und zugleich unsinnigsten Verleumdungen über seine Wirksamkeit als Abgeordneter, z. B. daß er für eine Gesandten-Stelle seine Stimme der Regierung verkauft habe u. dgl., in Winkelblättern, gedruckten und geschriebenen Plakaten unter das Volk gestreut, und endlich ihrem schändlichen Treiben die Krone aufgesetzt, indem sie durch eine Rotte von etwa 20 Blousenmännern die Wohnung ihres abwesenden Mitbürgers zerstören ließen. Es erscheint diese That um so schändlicher, als die Urheber recht wohl wußten, daß Herr Adams unerschrocken auf seinem Posten in Frankfurt geblieben war und nur seine kranke Gattin und seine wehrlosen Kinder in der Wohnung sich befanden. Für die Stadt Coblenz und deren 2000 Mann starke Bürgerwehr ist es aber eine Schmach, daß das Wohnhaus eines ihrer edelsten Bürger stundenlang der Zerstörungswuth Preis gegeben sein konnte!

Frankfurt, den 21. Sept. (Spen. Ztg.) Dem feierlichen Leichenbegängniß der Opfer des Aufruhrs vom 18. Sept. beizuwohnen, war diesen Morgen die Bevölkerung von ganz Frankfurt auf den Beinen. Die Stimmung der Bevölkerung war eine ernstschmerzliche, wie sie der Umgebung und der großen Gefahr, der wir entgangen, angemessen war. Es wurde ein Theil des gefallenen Militärs, mehrere Offiziere und endlich die Abgeordneten, v. Auerswald und Fürst Lychnowski, auf den Friedhof geleitet. Viele der gebliebenen Soldaten werden nach Mainz geschafft; die Todten aus dem Bürgerstande werden besonders beerdigt und sind es schon zum Theil. Die Gesammtzahl der Todten ist übrigens noch nicht festgestellt; man spricht heute bereits von 54 Opfern. — Ich vermag es kaum, Ihnen den Leichenzug zu beschreiben, denn etwas Großartigeres, Imposanteres, Wehmüthigeres und Majestätischeres hat man hier noch nicht gesehen! Zuerst kamen Truppen-Abtheilungen aller Waffengattungen und fast aller deutschen Länder, Preußen, Oesterreicher, Bayern, Kurhessen, Hessen-Darmstädter, Württemberger, Frankfurter Bürgerwehr rc., geführt von einer preußischen Militärmusik (35. Inf.-Regiment). Darauf folgten die Wagen mit den Särgen, geschmückt mit Myrthen- und Lorbeerkränzen, voran die prächtigen Särge Auerswald's und Lychnowski's, auf beiden die Auszeichnungen ihres Standes und ihrer Würden. Nun kam die gesammte hiesige Geistlichkeit, so wie die Geistlichen und Bischöfe, die als Deputirte im Parlamente sitzen. Diesen folgte das Officier-Corps sämmtlicher jetzt hier und in Mainz liegender Regimenter, alle in glänzendster Gala-Uniform; darauf die Reichsversammlung in ihrer Gesammtheit, ohne jeden Unterschied der Partei, voran der Präsident v. Gagern und die beiden Vice-Präsidenten, so wie der Gala-Wagen des Reichsverwesers. Hinter dieser Abtheilung kamen sämmtliche Notabilitäten Frankfurts, die beiden Bürgermeister und der Senat voran, sowie das gesammte diplomatische Corps und diejenigen aus der Bürgerschaft, die sich dem Zuge aus innerm Drange anschlossen, namentlich die mildthätigen Anstalten. Nun kam abermals eine Trauermusik (die österreichische) und wieder Abtheilungen sämmtlicher Truppengattungen, wie am Anfang des Zugs, und den Schluß bildete eine endlose Trauerwagenreihe. Wer das Ganze vor sich vorbeiziehen ließ, hatte anderthalb Stunden lang zu stehen. Auf dem Friedhofe, wo mehrere militärische, auch Salven preußischer Artillerie gelöst wurden, sprachen einige höhere Geistlichen, die im Parlamente Sitz haben, der Präsident v. Gagern und andere Mitglieder der National-versammlung, darunter auch Ketteler, aus Westfalen, und Jordan, aus Berlin. Es wurde viel geweint während dieser Reden am Grabe dieser Opfer, und man darf sagen, daß der Eindruck dieses Todtenfestes ein eben so erhebender, als schmerzlicher für die Bevölkerung war. Die Leiche des Fürsten Lychnowski ist vorläufig in der Familiengruft des Hrn. v. Bethmann beigesetzt, um später nach Schlesien abgeführt zu werden. — Im Uebrigen herrscht wieder die tiefste Ruhe hier; der Belagerungszustand wird im öffentlichen Verkehr wenig empfunden, wohl aber wird stark auf die Urheber der Verschwörung gefahndet, und es sind bereits viele Eingezogene nach Mainz gebracht worden.

— (Spen. Ztg.) Die Anzahl der Polen wird sich bald wieder bei Ihnen in Berlin mehren. Sie reisen von hier sämmtlich ab, diese Sturmvögel der Revolution, die sich selbst rühmen, überall auf den Barrikaden die ersten zu sein und denen es Arnold Ruge sogar noch begeistert im deutschen Parlamente nachrühmt, daß sie nirgends fehlten, wo mit Pflastersteinen Frakturschrift geschrieben wird, wie Simon von Trier das Rebellen-Handwerk nennt. Ihre

Zeitung sagte vorgestern, daß nur 60 Polen in Frankfurt anwesend waren, alle Gerüchte geben sie viel stärker an, in allen Gruppen hörte man das halbgebrochene Deutsch der Polen und die Fremden-Blätter und Listen zeigten einen der bekannten Namen nach dem andern. Niegolewski sollte oft gesehen worden sein. Wie der Kampf in Frankfurt blos zur Abwehr des Angriffs auf die Paulskirche geführt wurde, gar nicht um Aufwiegler und Aufgewiegelte in Masse zu greifen und zu vernichten, so hat man auch in Frankfurt a. M. nicht so viel Sensenmänner und Büchsen-Schützen für immer unschädlich machen können, wie in Xions. Seltsam und beachtungswerth ist das Faktum: daß ein anständig gekleideter Herr den Böhmen vom Regiment Rainer an der Mainbrücke sich in slavischer Sprache verständlich machen wollte, den aber die Böhmen schlechter verstanden, wie ein Abgeordneter und Landrath, der vortrefflich polnisch versteht. Der Inhalt der Harangue war: „Böhmen seid tapfer, aber wendet eure Waffen gegen eure wahren Feinde, gegen die Feinde eures Kaisers, gegen die preußischen Hunde!“ Daß ein Slave auf solche Weise die deutsche Einheit gern unmöglich machen wollte in jenem entscheidenden Moment, ist natürlich, aber die passive Defension der Böhmen war doch zu gutmüthig. Obgleich der Landrath die Rede den Böhmen übersetzte, begnügte man sich, den Polen zu verjagen, ohne daß ihm ein Haar gekrümmt wurde. (Bei andern Gelegenheiten gaben die Böhmen im Gefecht ein rühmliches Beispiel von kühnem Vordringen gegen die Insurgenten.) Noch ein anderer interessanter Zug verdient mitgetheilt zu werden: Rittmeister v. Boddien und Major Deetz, die zum Parlamentiren, in Begleitung von Simon, aus Trier, und anderen von der äußersten Linken am Ende der Zeil vorgehen sollten, ließen das Feuer der Truppen schweigen und es kam nun darauf an, das Feuer der Insurgenten auch zu dämpfen. Man winkt mit weißen Tüchern, aber das Feuer hört nicht auf, plötzlich sind die Linken in ein Seitenhaus getreten, da nehmen Deetz und Boddien Simon unter den Arm: „Herr Simon, Sie haben es uns ja so oft von der Tribüne als so herrlich geschildert, den Heldentod für die Freiheit zu sterben, nun kommen Sie auch mit uns!“ Der unfreiwillige Held mußte noch ein recht lebhaftes Büchsenfeuer aushalten, ehe endlich die Insurgenten ihren Freund bemerkten und das Feuer einstellten.

Frankfurt a. M., den 22. Sept. (O.-P.-A.-Z.) Vormittags $10\frac{1}{4}$ Uhr. Nach der Bekanntmachung des Ergebnisses der Ergänzungswahlen für mehrere Ausschüsse in der heutigen 83. Sitzung der National-Versammlung durch den Präsidenten, legt der interimistische Finanz Minister Duckwitz der Reichs-Versammlung zwei Entwürfe vor, von welchen der eine auf die Bestreitung der Ausgaben für die National-Versammlung und die hierzu erforderliche Umlage von 120,000 Fl. und der zweite auf die Handels- und Zoll-Verfassung Deutschlands sich bezieht. Nachdem Wernher Namens des gestern erwählten Ausschusses den Entwurf der in Folge der Ereignisse vom 18. September an das Deutsche Volk zu erlassenden Ansprache verlesen, stellen Schaffrath und Genossen den Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes in der freien Stadt Frankfurt. Die Begründung des Antrages wird nicht für dringlich erklärt. Es wird zur Tagesordnung geschritten; zunächst zur Berathung über den vom Abgeordneten von Möring, Namens des Büreaus, erstatteten Bericht, die Heizung und Beleuchtung der Paulskirche betreffend.

Frankfurt a. M., den 21. Sept. (O.-P.-A.-Z.) In der gestrigen Sitzung der gesetzgebenden Versammlung legte der Präsident die Aktenstücke vor, welche der Besetzung der Stadt durch Reichs-Truppen vorangegangen sind. Diese Aktenstücke bestanden in einem Schreiben des Reichs-Ministeriums des Kriegs an den älteren Bürgermeister vom 17. September, worin angezeigt wurde, daß die den Abend vorher in der Stadt vorgefallenen Unordnungen besorgen ließen, daß ähnliche Auftritte auch am 17ten beabsichtigt werden könnten. Das Reichs-Kriegsministerium habe es demnach für nöthig erachtet, 4 Bataillone der Besazzung von Mainz und 2 Bataillone von jener zu Darmstadt in der Art bereit halten zu lassen, damit dieselben auf die erste Aufforderung mittelst der Eisenbahn nach Frankfurt anrücken könnten. Fernet in einem Schreiben des Senats, vom 17. Sept. a. c., an das Reichs-Ministerium des Innern, worin bemerkt wurde, daß, wenn die Stadt Frankfurt bisher der National-Versammlung den Schutz gewährt habe, welchen sie in der Widmung ihrer Bürgerschaft und den ihr sonst zu Gebote stehenden Mitteln finden konnte, der Senat sich gedrungen fühle, in den dermaligen Verhältnissen, wo eine bedrohliche Aufregung gegen die National-Versammlung bestehe, seine Ansicht dahin auszusprechen, daß für den Schutz der National-Versammlung, als einer dem Reich obliegenden Pflicht, fortan von dem Reichs-Ministerium, unbeschadet der Rechte der Stadt, Fürsorge zu treffen sein dürfte. Sodann in einem Antwortsschreiben des Reichs-Ministeriums des Innern, vom 18. September, worin dasselbe erklärt, daß es, in Anbetracht der vom Senat dargestellten Sachlage, keinen Anstand nehme, die Oberleitung aller den gegenwärtigen Umständen entsprechenden Einleitungen zur Hand zu nehmen, und daher alle Maßregeln zu treffen, welche demselben zum Schutz der National-Versammlung, zur Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe erforderlich erscheinen, und zugleich das Ersuchen gestellt wird, alle dem Senat unterstehende Behörden, so wie die Bürgerwehr und Schutzwachen, anzuweisen, daß sie den von den verschiedenen Ministerien unmittelbar an sie ergehenden Verfügungen unverzüglich Folge leisten. Endlich Antwortschreiben des Senats vom 19. September, worin angezeigt wird, daß dem gestellten Ersuchen entsprochen worden, daß sich übrigens der Senat der Hoffnung überlasse, daß die durch die außerordentlichen Verhältnisse nothwendig gewordenen Ausnahme-Maßregeln baldigst wieder aufhören werden. Nach Verlesung dieser Aktenstücke und weiter gegebenen Erläuterungen beschloß die gesetzgebende Versammlung, dem Senat den Dank für die bethätigte zweckmäßige Fürsorge auszusprechen.

Frankfurt a. M., den 22. Sept. (Frkf. J.) In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung wurde von dem Abg. Wernher der Entwurf der Ansprache an das Deutsche Volk verlesen und die Berathung hierüber auf morgen festgesetzt. Die Anträge des Schriftführers von Möring in Betreff der Heizung und Beleuchtung der Paulskirche wurden genehmigt. Der Tagesordnung gemäß wurde sodann die Berathung über Art IV. der Grundrechte fortgesetzt, und §. 17. in folgender Fassung angenommen: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.“ Ueber den §. 18. („Unterricht zu ertheilen und Unterrichts-Anstalten zu errichten, steht jedem unbescholtenen Deutschen frei“) und die zu demselben gestellten Unteranträge wurde nach geschlossener Debatte die Abstimmung auf Montag ausgesetzt.

Aus Baden, den 22. Sept. (Frkf. Journ.) Die Frankfurter Ereignisse sollen nicht vereinzelt stehen; es ist uns gleich bei der ersten Nachricht davon kein Zweifel geblieben, daß das frevelhafte Beginnen gegen die Reichsversammlung in anderen Gegenden Deutschlands ähnliche Versuche, die rothe Republik herbeizuführen, zur Folge haben werde. Unsere Voraussehung ist leider schnell in unserer Nähe in Erfüllung gegangen. Heute Mittag ist mittels eines besonderen Eisenbahnzuges die Nachricht von Lörrach und Schliengen eingetroffen, daß gestern Abend an 3000 Freischärler, angeführt von Struve, bei Lörrach über den Rhein gesetzt und heute früh bereits bei Schliengen eingetroffen seien. Wir vermögen die Angabe der Zahl nicht zu verbürgen, und scheint sie uns wohl etwas übertrieben; dagegen ist die Thatsache des Erscheinens der Freischaaren auf Badischem Gebiete wohl außer Zweifel, da die Nachricht auf amtlichen Wege nach Karlsruhe gegangen ist.

Heidelberg, den 22. Sept. Abends $8\frac{1}{4}$ Uhr. Eben kommt der nach Schliengen bestimmte Bahnzug hier wieder an. Er konnte nur bis Müllheim kommen. v. Struve hat einen Einfall in das Badische gemacht. Die oberen Gegenden sind bis Schliengen besetzt. In Lörrach wurde Amtmann Exter gefangen mit weggeführt und die Republik ausgerufen. Reisende wurden von Freischärlern angegriffen. Des Bahnzuges wollten sich die Freischaaren in Schliengen bemächtigen, wahrscheinlich, um geraden Weges mit demselben nach Frankfurt zu fahren, und wären die Zugführer in Müllheim nicht zeitig genug gewarnt worden, so wäre es ihnen gelungen. Bedeutende Truppenmassen wurden sogleich von Rastatt und Karlsruhe aus ins Oberland gesendet, und man zweifelt nicht, daß es ihnen gelingen wird, in Bälde die Ruhe wieder herzustellen. So viel berichten die eben angekommenen Reisenden.

Kiel, den 21. Sept. In Sonderburg ist unterm 18ten d. M. eine von Moltke, Johannsen, Hansen und Paulsen unterzeichnete Bekanntmachung erschienen, in welcher erklärt wird, daß in Folge des Artikel 7. des Waffenstillstandes obige Commission die einzige rechtmäßige oberste Verwaltungs-Behörde der Herzogthümer Schleswig und Holstein sei, welcher die Ausübung der landesherrlichen Gewalt in ihrem ganzen Umfange, mit Ausnahme der Gesetzgebung, übertragen ist. Es sind also alle Berichte, Eingaben und Gesuche, welche nach dem bisherigen Geschäftsgange an die Immediat-Kollegien und Departements in Kopenhagen zu richten sein würden, während der Dauer des Waffenstillstandes an diese Kommission zu richten und einzusenden, und von dieser allein haben sämmtliche Behörden und Beamten in beiden Herzogthümern in den zum Wirkungskreise der gedachten Kollegien und Departements gehörigen Sachen, Befehle und Aufträge entgegenzunehmen, und auch dann zu befolgen, wenn die betreffenden Erlasse nicht von sämmtlichen Mitgliedern der Kommission unterzeichnet sein werden. Die Gesetzgebung, also insbesondere die Feststellung der staatsrechtlichen Verhältnisse der Herzogthümer, gehört nach dem Waffenstillstands-Vertrage nicht zu dem Wirkungskreise der Commission; sie hat sich nur mit der Verwaltung zu befassen. Frömmigkeit und Fleiß in Kirche und Schule, Unabhängigkeit und Schnelligkeit der Rechtspflege, Sicherheit und Ruhe, Ordnung und Freiheit zu erhalten und zu fördern, den Unterthanen die während des Krieges ihnen aufgelegten Lasten abzunehmen oder wenigstens zu erleichtern, sämmtliche Bewohner der Herzogthümer in ihren begründeten Rechten zu schützen, die während des Krieges gebildeten Verhältnisse und Interessen, auch wenn sie strenge genommen der rechtlichen Begründung entbehren möchten, schonend zu berücksichtigen, dies ist die Aufgabe der Commission. Mit dem Beistande des Allmächtigen und der Mitwirkung ihrer lieben Landsleute und Mitbürger hofft sie, ihre Aufgabe zu lösen.

Kiel, den 21. Sept. Die heutige Sitzung der Landesversammlung war sehr aufgeregt, theils in Folge der traurigen Nachrichten aus Frankfurt, theils besonders wegen der eben eingelaufenen Kunde von der angeordneten theilweisen Demontirung und Entwaffnung unserer Strandbatterien und namentlich der Festung Friedrichsort. Graf Reventlow-Preetz erbot sich, sofort nach Schleswig abzureisen und im Auftrage der Landesversammlung mit General Bonin und Oberst Baudissin darüber zu verhandeln und die Sistirung dieser Maßregeln zu erwirken. Zur Tagesordnung kam es nicht.

— Der Kaufmann J. Schweffel in Kiel hat seinen Titel als Agent abgelegt. — Der Präsident der Schleswig-Holsteinschen Regierung, Francke, z. Z. in Frankfurt, hat seinen Titel als Etatsrath abgelegt und seinen Dänischen Orden an die provisorische Regierung eingesandt. — Der Hofbesitzer N. Ohlhaes in Eddelack hat seinen Dänischen Orden an die provisor. Regierung eingesandt.

Altona, den 21. Sept. Nach dem „Altonaer Merkur“ haben die Dänischen See-Offiziere, welche (wie schon erwähnt) die Auslieferung des Wachtschiffes „Elbe“ bewirken sollten, von dem Ober-Präsidenten die Anrwort erhalten, daß dem Begehren ohne höheren Befehl nicht Folge geleistet werden könne.

Flensburg, den 21. Sept. Mit Staunen erfahren wir so eben, daß dem hiesigen Magistrate von dem Grafen C. Moltke und drei seiner Gleichgesinn-

ten, Amtmann Johannsen (früher in Hadersleben), Professor Paulsen (?) und Bischof Hansen, von Alsen, angezeigt worden, sie werden morgen hier eintreffen und hier ihren Sitz nehmen, um als von Dänemark geschickte provisorische Regierung in Funktion zu treten.

— Nach einem andern uns gütigst mitgetheilten Schreiben aus Flensburg vom 21. Sept. wurde Graf Moltkie mit seinen Collegen erst am 26. d. M. dort erwartet. Von seiner beabsichtigten Uebersiedelung nach Flensburg war sofort der provisorischen Regierung, so wie dem General Bonin Nachricht gegeben worden, und man glaubte, es werde eine stärkere Truppenabtheilung nach Flensburg verlegt werden, um die durch die erwartete Ankunft Moltke's ernstlich bedrohte Ruhe aufrecht zu erhalten. In dem Briefe ist zugleich von einer ernstlichen Note die Rede, welche Lord Palmerston an die Dänische Regierung erlassen hat, und von der man hofft, daß sie nicht ohne Wirkung bleiben wird, dieselbe zur Besonnenheit zu bringen.

Wien, den 22. Sept. Ein Theil der Legion, die ehemalige mobile Garde, setzt sich in Bewegung, um den Marsch nach Ungarn anzutreten. Bedeutend kann diese Hülfe nicht genannt werden, da das Corps aus höchstens 250 Mann bestehen wird. — Erzherzog Stephan hat die Weigerung des Grafen v. Teleki gegen Jellachich zu fechten, für ein Mißverständniß erklärt. — Aus Nord-Ungarn ist die sehr wichtige und unsere kürzlich mitgetheilten Combinationen bestätigende Nachricht eingelaufen, daß der ehemalige protestantische Pfarrer Hurban mit etwa 400 Prager Studenten in Brzezowan im Neutraer Komitate eingefallen ist, und daß überhaupt eine sehr mächtige nordslavische Bewegung sich bildet. Die slowakischen Landleute haben sich bereits in Haufen von 4—5000 Mann zusammengeschaart. Eine dumpfe, dem Sturme vorhergehende Gährung äußert sich in sämmtlichen Thälern der Karpathen. Dagegen findet das ungarische Aufgebot in magyarischen Komitaten so guten Fortgang, daß z. B. in Szathmar der gesammte männliche Adel sich für das Vaterland zu sterben bereit erklärte und rasch zu Pferde stieg. An der Galizisch-Ungarischen Grenze concentrirt sich ein K. K. Truppen-Corps. — Die heutige Reichstagssitzung ward dadurch sehr bemerkenswerth, daß der Czechische Abgeordnete Rieger ganz im oppositionellen Sinne interpellirte. Er beklagte sich über das mangelhafte Avancements-System, wonach Adelige, ja selbst Ausländer, den Vorzug vor braven Unteroffizieren hätten. Der Kriegsminister widerlegte ihn durch Ziffern; in seinem eigenen Regiment habe er 17 Feldwebel zu Offizieren vorrücken lassen. Rieger citirte nunmehr eine Reihe von Vorfällen, Aeußerungen und Willkührlichkeiten constitutionswidriger oder doch unconstitutionsmäßiger Art, und wünschte zu wissen, ob der Kriegsminister gesonnen sei, einen das Wesen der Constitution erläuternden und zur Beobachtung derselben auffordernden Tagesbefehl erscheinen zu lassen; ob er ferner gesonnen sei, dem Militair den Genuß der Preß- und Associationsfreiheit, so wie des Petitionsrechtes nicht zu verkümmern. Der Minister antwortete ausweichend. Rieger behielt sich vor, Anträge in dieser Richtung zu stellen. Die Linke war hocherfreut. Sollte die Czechische Rechte zu ihr übertreten, so wäre der Sieg der Opposition ausgemacht. — Sicherem Vernehmen zufolge, soll die Partei der „Swornost“ aus Böhmen (der ultra-radikalste Czechenschlag) in Oberungarn eingefallen sein, um gegen die Magyaren — für die Croaten und Slavonier zu streiten. (W. Z.)

Pesth, den 19. Sept. Ueber das weitere Vordringen des Banus Jellachich sind hier keine zuverlässigen Nachrichten eingetroffen, und es scheint noch kein Zusammentreffen stattgefunden zu haben. Dagegen haben die Ungarn im Banat am 12. und 13. d. den Raizen eine bedeutende Niederlage beigebracht, wobei Perlaß ganz in Flammen aufgegangen ist. Die Raizen verloren gegen 400 Todte, die Ungarn keinen (?) Mann. Nichtsdestoweniger werden die Raizen die Oberhand behalten, weil die Ungarn ihre Truppen hier nicht nur nicht vermehren können, sondern sogar vermindern müssen, um dieselben gegen Jellachich zu schicken. — Es stellt sich heraus, daß ein polnisches Regiment auf Veranlassung des Kriegsministers Latour die Festung Komorn nächtlicherweise überrumpeln wollte; dieser Handstreich wurde jedoch durch die Wachsamkeit der ungarischen Nationalgarden hintertrieben. Die Nachrichten über den Brand zu Komorn waren sehr übertrieben; nur einige Häuser sind niedergebrannt. — Morgen wird man bei Ofen den Anfang mit den projektirten großartigen Verschanzungen machen und es läßt sich bei der allgemeinen Begeisterung erwarten, daß sich dabei alle Geschlechter und alle Stände betheiligen werden, obwohl viele Bewohner Ofens gegenwärtig mit der Weinlese beschäftigt sind. — Kossuth hat einen Aufruf, voll der glühendsten Begeisterung, erlassen, der bei den Magyaren seine Wirkung nicht verfehlen wird. Nachdem er alle Männer zu den Waffen aufgefordert, sagt er: „Die Frauen aber mögen zwischen Weßprim und Stuhlweißenburg ein ungeheures Grab graben, welches entweder die Ungarische Nation — oder das feindliche Heer zudecken wird; auf dem Grabe wird entweder die Schandsäule des Ungarischen Namens stehen mit der Inschrift: „So bestraft Gott die Feigheit“ oder es wird auf demselben prangen der ewiggrüne Baum der Freiheit, in dessen Zweigen die Stimme Gottes säuseln wird: Der Ort, auf welchem Du stehst, ist heilig! So belohne ich die Tapferkeit, Freiheit, Ruhm und Glückseligkeit dem Magyaren! Auf, auf, zu den Waffen, Magyar! u. s. w.“ (Schles. Z.)

Triest, den 18. September. Gestern hat ein zu dem kaiserlichen Blockade-Geschwader vor Venedig gehörendes Schiff, ein von Ravenna kommendes Trabaccolo aufgebracht, welches mit einer Compagnie Römischer Freiwilligen zur Verstärkung der Besatzung nach Venedig fahren wollte. Diese Bestimmung war in dem vom Gonfaloniere von Ravenna amtlich ausgestellten Requisitions-Instrumente wörtlich ausgedrückt und dadurch der Beweis geliefert, daß die Behörden selbst diese Truppensendungen betreiben. — Man hat es hierorts nicht der Mühe werth gehalten, die Mannschaft oder das Trabaccolo zurückzubehalten; das Schiff wurde mit Allem was es führte bis über die Spitze von Istrien in den Golf hinausgeschafft, und dort heimwärts freigelassen.

— Die Börsendeputation hat gestern den Handelsstand von dem Wiederbeginn der Blockade von Venedig amtlich in Kenntniß gesetzt. (O. Lloyd.)

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 21. Sept. Die heutige Sitzung der National-Versammlung eröffnet Marrast um 12½ Uhr. An der Tagesordnung ist der Artikel 9. der Verfassung, der von der Unterrichtsfreiheit handelt. Er lautet: „Die Unterrichtsfreiheit wird unter der Garantie der Gesetze und der Aufsicht des Staats ausgeübt. Diese Aufsicht dehnt sich auf alle Erziehungs- und Unterichtshäuser ohne Ausnahme aus.“ de Laboulie stellt die Fassung: „unter der ausschließlichen Aufsicht der Bischöfe, was die kleinen und großen Seminarien betrifft, und unter der Aufsicht der Provinzial- und Kreisbehörden, so weit es die sonstigen Schul- und Lehranstalten betrifft.“ Der Antrag Labculie's wird verworfen. Abbé Pirisis schlägt vor, den ganzen Paragraphen auf die Worte zu reduziren: „der Unterricht ist frei.“ Da er aber sieht, daß die Versammlung ihm kaum Gehör schenkt, so zieht er seinen Antrag zurück. Fayet, Bischof von Orleans, will dem Artikel folgende Fassung geben: „Die Verfassung garantirt die Unterrichts-Freiheit. Diese Freiheit wird unter Aufsicht des Staates geübt.“ Sein Antrag wird aber ebenfalls verworfen. Mauvais beantragt den Zusatz: „Die vom Gesetz eingeführte Obrigkeit kann allein die Aufsicht üben Die Geschworenen allein sollen über Unterrichts-Vergehen richten.“ Er entwickelt diesen Antrag. v. Tracy unterstützt denselben. Die Universität sei das monstruöseste Monument der Monarchie, das er seit 20 Jahren bekämpfe. Barthelemy St. Hilaire vindizirt dem Staate allein das Aufsichtsrecht über das gesammte Schul- und Erziehungswesen und ärndtet ziemlich lebhaften Beifall, wird aber auch mitunter heftig unterbrochen. Nachdem er vollendet, drängen sich mehrere Redner zugleich zur Redner-Bühne. Dufaure macht sich Platz und spricht einige Worte. v. Tracy stellt den neuen Antrag: „Der Unterricht ist frei; er kann der Obrigkeits-Aufsicht nur im Interesse der Moral und der Achtung der Gesetze unterworfen werden.“ Mauvais: „Ich trete diesem Antrage bei.“ Es wird geheime Abstimmung verlangt. Dieselbe erfordert eine Stunde. Endlich verkündet Marrast das Resultat. Der Antrag ist mit 538 gegen 181 Stimmen verworfen. §. 2. und 3. des Commissionsantrags, so wie der ganze Artikel 9. wird verworfen. Die Versammlung schreitet zu Artikel 10., der von der Zulassung aller Bürger zu den Staatsstellen handelt; dieser und Artikel 11., von der Unverletzlichkeit des Eigenthums, werden angenommen. Artikel 12.: „Die Confiscation der Güter kann niemals wieder hergestellt werden.“ Wird ebenfalls angenommen. Artikel 13. Arbeits- und Handelsfreiheit, Unentgeltlichkeit des Elementar-Unterrichts und professionelle Erziehung betreffend, wird nach Verwerfung mehrerer Zusätze auch angenommen. Artikel 14. „Die öffentliche Schuld ist garantirt.“ Hieran wird der Zusatz: „Die Sparkassen werden unter den Schutz der Republik gestellt“ angehängt. Artikel 15., der von den Steuern handelt, wird lebhaft diskutirt. „Jeder Bürger“, heißt es darin, trägt nach Maßgabe seiner Fähigkeit und seines Vermögens bei.“ Die Worte: „nach Maßgabe“ schienen Vielen eine Andeutung zur Einführung des verhaßten Progressivsteuer-Systems in sich zu bergen; der äußersten Linken und den Sozialisten schien sie im Gegentheil noch ungenügend. Matthieu (Drôme) hatte daher den Antrag gestellt, das indirekte Steuer-System ganz abzuschaffen. Dasselbe sei ungerecht und überlebt. Es plündere den Armen zum Besten des Reichen. In Paris z. B. zahle der Arme drei- bis viermal mehr, als der Reiche; in den Departements herrsche ein ähnliches Verhältniß. Diesem Unrecht müsse abgeholfen werden. de Méaulle sieht den Kommunismus hereinbrechen, wenn man die Progressiv-Steuer einführe. Die Fortsetzung der Debatte über Art. 15 wird auf Morgen verschoben. Um 6 Uhr geht die Versammlung auseinander. Man fürchtete für diesen Abend ernste Auftritte. Das Volk, hieß es, welle die Gefangenen in Vincennes befreien. Es durchzog die Straßen, indem es „Raspail!“ nach dem Lampions-Takt singt. Bis zum Postschluß, 7 Uhr, war die Ruhe indeß nirgends ernstlich gestört worden. Die Straßen waren überfüllt mit Volk und Patrouillen; Senard und Cavaignac waren ziemlich lange im Palast der National-Versammlung geblieben.

— Admiral Baudin, der den Oberbefehl über die Französische Flotte im Mittelmeer führt, hat der Regierung die Entfernung der Sardinischen Flotte von Venedig und die Annährung der Oesterreichischen gemeldet, und angefragt, wie er sich zu verhalten habe. Der Telegraph überbringt ihm angeblich die Antwort, daß er sich jedem Angriff zu widersetzen habe, den die Oesterreichische Flotte etwa gegen Venedig unternehmen könnte.

— So eben werden Louis Napoleon Bonaparte, Fould und Raspail vom Stadthause herab zu Volksvertretern proklamirt. Der Prinz Louis ist nicht nur in Paris, sondern auch in mehreren Departements mit bedeutender Stimmengunst überhäuft worden. Im Norddepartement haben der Oberst Negrier (ein Bruder des gefallenen Generals) und der Prinz Louis die meisten Stimmen. Ueber Genoude's Schicksal hört man von keiner Seite etwas Bestimmtes. Girardin ist durchgefallen.

Schweiz.

Bern, den 9. Sept. (A. Z.) Seit einigen Tagen ist General Allemandi zu seiner hier wohnenden Familie zurückgekehrt, um nach einem kurzen Urlaub wieder nach Piemont zurückzukehren, wo er, wie es heißt, mit einem wichtigen Commando beauftragt ist, das die öffentliche Meinung ihm zum voraus zuerkannt habe. Der Grund warum die Lombardische Regierung ihn seiner Zeit in einer Proklamation und durch ausdrücklichen Befehl zurückrief und ihm das

(Mit einer Beilage.)

Commando über das Freicorps nahm, ruht bis jetzt noch im Dunkeln. Allemandi's Plan war die Stadt Trient zu nehmen, sich hier zu befestigen, die Brücken und Straßen abzuschneiden, um Radetzky zu verhindern, Succurs von Oesterreich zu erhalten. Die von Karl Albert verlangte Hülfe wurde ihm abgeschlagen und er von seinem Posten abberufen. Daß der Krieg dieß unglückliche Ende genommen, schreibt er nun dem Umstand zu, daß man seine Rathschläge nicht befolgt habe. Die Zahl der hier durchziehenden Italienischen Flüchtlinge wird jetzt geringer. In der Stadt mögen im Ganzen gegen 1000 Mann beherbergt worden sein. Ein allgemeines Urtheil läßt sich nicht über sie fällen; die Leute waren sehr gemischt. Doch das kann gesagt werden, daß sie im Allgemeinen einen sehr ungünstigen Eindruck auf die Bevölkerung machten, und die anfängliche Sympathie für die Italienische Sache sehr abkühlten. Ein unbegränzter Leichtsinn, lächerliche Eitelkeit, prahlhansische Großmannssucht zeigte sich bei Allen. Viele waren darunter, die gar nicht sagen konnten, in welchem Regiment sie gedient hatten, sicher bloßes Gesindel, das in der Heimath nichts zu verlieren hatte und darum als Flüchtling sich durchschlagen wollte. Den strikten Gegensatz gegen dieses zerlumpte lüderliche Gesindel bildete eine andere Art von Flüchtlingen, die in phantastischem Komödiantenaufzuge die Blicke der Menge auf sich zu ziehen suchten. Schwarzer Hut mit breiter herunterhangender Krempe und großer Reihenfeder, schwarze, roth ausgeschlagene Sammetröcke, Gürtel mit Dolch und Pistolen, martialischer Blick und großer Bart — in diesem Aufzug stolzirten sie durch die Straßen, blieben mit über einandergeschlagenen Armen vor Häusern und Menschen stehen und maßen sie mit herausfordernden Blicken. Wieder andere gingen als junge Dandies in elegantem Anzug mit Glacéhandschuhen umher. Es waren auch brave Soldaten darunter, das läßt sich nicht läugnen. Aber ein Zug klebte allen an: Verachtung und geringschätzende Behandlung der Gemeinen von Seite der Offiziere. Wollte man von ihnen den Hergang dieses oder jenes Kriegsereignisses erfahren, so war man sicher, tüchtig belogen zu werden. Jeder rennomirte so und soviel Oesterreicher erschlagen zu haben, und einer berief sich auf das Zeugniß des andern.

Bern, den 18. Sept. In der heutigen 26. Sitzung der eidgenössischen Tagsatzung las der Präsident einen Brief aus Oberitalien vor. Derselbe berichtet von der Verlängerung des Waffenstillstandes zwischen Sardinien und Oesterreich, von der Fortdauer des Belagerungszustandes und der Militairherrschaft von Mailand. Die Truppen seien um 30,000 Mann vermehrt worden, worunter 5—6000 Mann Kranke und Verwundete. In Monza seien 2 Personen wegen versteckter Munition erschossen und ein Dritter, weil er zwei rauchenden Soldaten Vorwürfe gemacht, zu achtmonatlicher harter Festungsstrafe verurtheilt worden. — Nachrichten aus Neapel berichten die Zerstörung von Messina durch das Bombardement und Einnahme derselben durch die Neapolitanischen Truppen, aber mit bedeutendem Verlust, besonders von Seite der Schweizer. Zwar seien Nachrichten vorhanden über die Wiedereinnahme von Messina durch das Landvolk, was aber sehr der Bestätigung bedürfe. Der Oesterreichische Gesandte, v. Kaisersfeld theilt in einem verbindlichen Schreiben den Inhalt einer Depesche des Kaiserlichen Ministeriums mit, welches das ehrenhafte Benehmen der Schweizerischen Eidgenossenschaft in Bezug auf die Handhabung der Neutralität in den Italienischen Angelegenheiten rühmend anerkennt; sie werde treu im Gedächtniß von Oesterreich aufbewahrt werden.

Amerika.

Die „Era nouvelle" meldet nach den Journalen der Sandwichinseln die Niedermetzelung einer Gemeinde protestantisch-amerikanischer Missionaire durch den Indianerstamm der Cayouses am Columbiaflusse, wo sie sich vor zehn Jahren unter Leitung des D. Whiteman niedergelassen hatten und die Kinder der Eingeborenen unterrichteten. Einwanderer aus den Vereinigten Staaten hatten die rothe Ruhr nach Waulagstu, dem Hauptorte des Stammes, gebracht, wo sie ausschließlich unter den Indianern rasche und schreckliche Verheerungen anrichtete. Eine Menge Kranker drangen in Whiteman, daß er als Arzt seine Heilmittel anwenden solle. Er that es; da aber die Seuche in voller Kraft wüthete, so starben fast alle Kranken und die Cayouses bildeten sich nun ein, die Missionaire gäben ihnen Gift statt Arznei, um den Stamm zu vertilgen und sich seiner Ländereien zu bemächtigen. Unter allerhand Vorwänden begaben sie sich mit verborgenen Waffen nach der Mission, ermordeten zuerst Whiteman und seine Frau, und sodann 14 andere Missionaire, deren Weiber und Kinder jedoch verschont wurden. Sobald der Gouverneur von Columbia, Abernethy, Nachrichten von diesen Mordthaten erhielt, berichtete er an den gesetzgebenden Rath von Oregon und erhielt die Ermächtigung, sofort 500 Freiwillige zur Züchtigung des blutdürstigen Indianerstammes auszuheben. Auch die Hudsonsbay-Gesellschaft sandte zur Unterstützung der Expedition Mannschaften nach Wallu-Walla.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Achtundfunfzigste Sitzung, vom 22. September. (Schluß)

Der Ministerpräsident: Man möge es mit den Worten des Armeebefehls nicht so genau nehmen, da diese von einem Generale, den Truppen gegenüber, nicht immer scharf abgewogen werden. Unter dem Ausdruck „gute Bürger" könne einzig und allein die Bürgerwehr verstanden sein. Das Ministerium werde den Grundsatz festhalten, daß das Militär die Instanz der Bürgerwehr bilde (Bravo im Centrum). Der General Wrangel könne überhaupt nicht ohne Instruktionen handeln, sondern hat auch, bei Entlassung der Kriegsreserven, lediglich die ihm von dem Kriegsminister gegebenen Anordnungen ausgeführt. Er hat einen Befehl erhalten und ihn in seiner Weise vollstreckt. Der Geschäftsgang sei auch so geregelt, daß derartige eingreifende Veränderungen im Truppenbestande niemals von einem commandirenden General angeordnet werden können. Ebenso verhalte es sich auch in Betreff des General Wrangel.

Hr. Bucher beantragt, daß diese Erklärung des Ministerpräsidenten wörtlich in das Protokoll aufgenommen werde, was nach einigen Erörterungen auch zugestanden wird.

Hr. Waldeck macht jetzt den dringenden, demnächst auch zahlreich unterstützten Antrag: die Versammlung wolle das Staatsministerium auffordern, den Gen. Wrangel zur sofortigen Rücknahme des Armeebefehls vom 17. d. anzuweisen. Ueber die Frage, ob dieser Antrag vor der heutigen Tagesordnung zur Berathung komme, wird wiederum durch Namensaufruf abgestimmt, wobei die Frage, bei 61 Fehlenden, von 139 bejaht, von 202 verneint, also zur gewöhnlichen Tagesordnung, verwiesen wird. Hr. Waldeck nimmt hierauf seinen Antrag zurück.

Hr. v. Berg beantragt, daß die zur Erläuterung des Wrangelschen Armeebefehls gegebene Erklärung auch in 5000 Expl. gedruckt und verbreitet werde. Der Antrag wird angenommen.

Hr. Baumstark beantragt, daß der Bloem-Bergsche Antrag wegen der jüngsten Frankfurter Ereignisse sogleich den Vorrang erhalte, worauf die Versammlung auch eingeht.

Hr. Bloem verliest nun seinen und Hrn. v. Bergs also lautenden Antrag: „Die hohe Versammlung wolle, ihren höchsten Unwillen über die jüngsten Ereignisse in Frankfurt a. M. bekundend, erklären, daß sie jede Störung der deutschen National-Versammlung in der völligen Freiheit ihrer Berathungen, jede rohe Gewalt gegen dieselbe tief beklage und die Regierung ersuche, die deutsche Centralgewalt zur Unterdrückung solcher Angriffe überall kräftigst zu unterstützen."

Hr. Tüshaus macht dazu das Amendement: Die Versammlung wolle zugleich, in Erwägung der mannigfachen Ereignisse, welche die Freiheit der Berathung in der hiesigen Versammlung gestört haben, auch hier hemmend entgegentreten. (Gelächter und Ruf: „Das ist ein neuer Antrag", worauf ihn Herr Tüshaus zurücknimmt.)

Hr. Elsner beantragt die einfache Tagesordnung für den Bloem-Bergschen Vorschlag. Als Hr. Bloem dessen Dringlichkeit begründen soll, sagt er, daß die Wichtigkeit und der Ernst des Antrages verkannt würden, wenn er darüber noch sprechen wollte. — Die sofortige Berathung wird nunmehr zugelassen.

Der Ministerpräsident bemerkt, daß er dem vorliegenden Antrage insofern schon zuvorgekommen, als den Generalcommandos die Weisung zugegangen, die Centralgewalt ganz nach ihren Wünschen zu unterstützen. Der zeitige Commandeur des 8. Armeecorps habe übrigens bereits zuvor hierher gemeldet, daß er Truppen nach Frankfurt beordert.

Die Abstimmung über den Berg-Blöm'schen Antrag wird abermals durch Namensaufruf bewirkt, wobei ihn 238 bejahten und 77 verneinten; 87 fehlten und 2 enthielten sich der Abstimmung. Der Antrag ist also mit einer Mehrheit von 161 Stimmen angenommen.

Schließlich wird folgender dringliche Antrag des Hrn. Pax: „Ich frage den Hrn. Minister-Präsidenten, welche Stellung er zu den Beschlüssen der Nationalversammlung vom 9. August und 7. September d. J. auf den Schulze-Steinschen Antrag einzunehmen gedenkt, ob zur Ausführung derselben schon Schritte geschehen, und wenn nicht, ob und welche er zu thun beabsichtige?" verlesen, unterstützt und zur sofortigen Discussion gestellt.

Der Minister-Präsident erklärt, auf dieselbe am künftigen Montag antworten zu wollen, da ihm augenblicklich verschiedene Schriftstücke, die er mittheilen müsse, mangelten.

Nachdem noch einige Wahlen einstimmig genehmigt worden, wird die Sitzung um 4 Uhr geschlossen und die nächste auf Montag den 25. d., Vormittags 9 Uhr, anberaumt.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Zur deutschen Marine sind bei dem Schutzvereine im Posener Schrodaer Kreise ferner eingezahlt: 25) aus Czerwonak Dorf und Haul. Przygoda 15 sgr., Taberski, Schwandtke zu 10 sgr., Anton Taberski, Krause, Scheibe und Zerbe zu 5 sgr., Kosmowski, Pfeiffer (3 Einlieger dieses Namens) Chr. Zerbe, Krüger und Marske zu 2½ sgr. Summa 2 Rthlr. 12 sgr. 6 Pf. — Ueberhaupt ist bis jetzt eingekommen 163 Rthlr. 22 sgr. 10 Pf. und 1 SR. (Forts. folgt.)

Publikations-Patent.

In der Interimstabelle des Martin Maaßschen Bauergrundstücks zu Sittno No. 7. A. stehen 29 Thlr. für den Gutsbesitzer Krieger zu Ostrowke zur künftigen Eintragung notirt. Das darüber ausgefertigte Dokument, bestehend aus einer Ausfertigung der Klage vom 24. Juni 1840, der Vorladung des Maaß de eod. dato, des doc. ins. vom 20. Juli 1840 und der Verhandlung vom 28 Juli 1840, nebst dem Notirungsatteste vom 15. Juni 1841, ist jedoch verloren gegangen, die Forderung selbst aber bereits berichtigt und darüber unterm 9. Mai 1845 löschungsfähig quittirt.

Es werden daher alle diejenigen, welche als Eigenthümer, Cessionarien, Pfand- oder sonstige Briefsinhaber Ansprüche auf das vorgedachte Dokument zu haben vermeinen, hierdurch aufgefordert, diese Ansprüche innerhalb neun Wochen, spätestens in termino den 24. Oktober hora X. hierselbst anstehenden Termine in Person oder durch einen zulässigen Bevollmächtigten anzumelden und nachzuweisen, widrigenfalls dieselben mit ihren etwanigen Ansprüchen an das fragliche Dokument unter Auferlegung eines ewigen Stillschweigens präkludirt und das mehrerwähnte Dokument amortisirt werden wird. — Vandsburg, den 30. Juni 1848.

Königliche Land- und Stadtgerichts-Commission.

Holzverkauf.

In der Königlichen Oberförsterei Moschin sollen:

1) aus dem Schutzbezirk Moschin
am 9ten Oktober c.
bei dem Gastwirth Gralow in Moschin circa
100 Klaftern Eichen-Scheit;

2) aus dem Schutzbezirk Grzybno
am 16ten Oktober c.
in der betreffenden Försterwohnung
52 Klaftern Eichen-Scheit,
5 " Buchen-Scheit,
98 " Kiefern-Scheit und
368 " Elsen-Stubben;

3) aus den Schutzbezirken Dolzig, Brzednia und Moszczyszek
am 13ten Oktober und 9ten November c.
in der Försterwohnung zu Brzednia
1 Klafter Eichen-Scheit, 116 Klaft. dgl. Astholz,
157 " Birken- " 120 " Birken "
135 " Elsen- " 130 " Elsen "
10 " Espen- " 11 " Espen "
176½ " Kiefern- " 141½ " Kiefern "
5½ " hart und 73 Klaftern weich Stubben,
öffentlich und meistbietend verkauft werden.

Die Termine beginnen Morgens um 10 Uhr. Das Holz ist im vergangenen Winter eingeschlagen, daher trocken.

Die Verkaufs-Bedingungen werden im Termine selbst bekannt gemacht und hier nur bemerkt, daß der Kaufpreis im Termine sogleich bezahlt werden muß.

Forsthaus Ludwigsberg, den 22. Sept. 1848.

Der Königliche Oberförster.

Vielfache Aufforderungen sind an uns ergangen, einen allgemeinen **Männergesangverein** zu gründen, welcher namentlich denjenigen es möglich machen soll, ihre musikalischen Talente zu entwickeln und zu pflegen, welche sonst nicht die Gelegenheit oder die Mittel haben, den schon bestehenden Vereinen beizutreten. Dem Wunsche entsprechend, erlauben wir uns zu einer Berathung über die weitere Ausführung des Planes zu Freitag den 29sten c. Abends 7½ Uhr im Saale der Luisenschule hiermit einzuladen, und bemerken vorläufig, daß der monatliche Beitrag nur 5 Sgr. betragen soll.

Für diejenigen, welche nicht vom Blatte singen können, werden Treffübungen veranstaltet werden.

Rother. Hirsch. A. Vogt.

Donnerstag den 28sten d. M. Nachmittags 4 Uhr im Hörsaale des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums Generalversammlung der Mitglieder des grünen Lesekreises zur Rechnungslegung und Wahl eines neuen Vorstandes.

Posen, den 20. September 1848.

Der Vorstand des grünen Lesekreises.

Ich beehre mich hiermit ein geehrtes Publikum zu benachrichtigen, daß ich auf vielseitige Wünsche meine Töchterschule aus Fraustadt nach Posen verlege, und vom 1sten Oktober c. ab den Unterricht beginne; die meiner häuslichen Aufsicht zu übergebenden Töchter aber sofort aufzunehmen bereit bin.

Posen am Wilhelmsplatz No. 14, den 18. September 1848.

Karoline Osinska, geb. Thierry.

Geschäfts-Verlegung.

Mit heutigem Tage habe ich mein bisher auf der Dominikanerstraße No. 2. betriebenes Destillations-Geschäft nach meinem Grundstück, gr. Gerberstraße No. 20. vis à vis der Prevostischen Conditorei verlegt, mache meinen geehrten Kunden gleichzeitig die ergebene Anzeige, daß ich durch die Bequemlichkeit des Lokals, so wie auch durch die neue verbesserte Einrichtung in Stand gesetzt bin, meine vorzüglich gute Fabrikate **zu den billigsten Preisen** zu liefern.

Posen, den 24. September 1848.

Herrmann S. Jaffé,
große Gerberstraße Nro. 20.

Daß der allerfeinste Rauchtabak

Varinas-Canaster

ist, darüber sind wohl alle Kenner einig, nur war der Preis dafür bis jetzt zu theuer, um denselben rein fabricirt billig liefern, und ihm dadurch eine allgemeine Einführung verschaffen zu können.

Seit einiger Zeit aber sind bedeutende Zufuhren dieses Varinas-Canasters in **Blättern** aus Amerika gekommen, deren Qualität vorzüglich ausfällt, ungeachtet der Preis gegen früher bedeutend billiger zu stehen kömmt. Wir haben davon große Quantitäten an uns gebracht, den Tabak auf das Sorgfältigste fabricirt und unter der Etiquette

geschnittene Varinas-Blätter

das richtige Pfund 12 Sgr.
(mit dem Motto:)
Prüfet Alles und behaltet das Beste!
in $\frac{1}{1}$, $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Pfund-Paqueten einschlagen lassen.

Nächst dem Vorzug der leichtesten und besten Qualität, hat derselbe noch die **gute** Eigenschaft, weit länger in der Pfeife anzuhalten, als viele andern bekannten Tabake, weßhalb sogar Raucher, die früher billigere Sorten konsumirten wohl thun dürften, diese von uns fabricirten

geschnittene Varinas-Blätter

zu rauchen.

Um allen Anforderungen zu genügen, haben wir diesen Tabak
grob geschnitten in rother Etiquette
mittel " " schwarzer "
fein " " blauer "
verpacken lassen.

Die Herren Tabakraucher bitten wir, sich durch gefällige Versuche von Gesagtem zu überzeugen, und schmeicheln uns, daß unsere Bemühungen dem Publikum zu billigem Preise einen feinen Rauchtabak zu liefern, durch recht bedeutenden Absatz Anerkennung finden werden.

Berlin, den 23. Sept. 1848.

Ferdinand Calmus & Comp.,
Tabakfabrikanten.

Herrn **J. Gintrowicz** in **Posen** haben wir für dort den alleinigen Verkauf obiger Sorte Tabak überlassen.

Mit Bezug auf obige Annonce empfehle ich gleichzeitig meinen vorzüglich

guten Holl. Schnupftabak

von 10 bis 25 Sgr. das Pfund,
so wie verschiedene Sorten Cigarren von 3 bis 40 Thlr. das 1000.

J. Gintrowicz,
Wasserstraße No. 2.

Der Betsaal des hiesigen israelitischen Brüdervereins ist, des beschränkten Raumes wegen, lediglich zur Benutzung für die Vereinsmitglieder bestimmt; daher denn auch während der bevorstehenden Festtage Nichtmitgliedern der Zutritt nicht gestattet werden kann.

Posen, den 24. September 1848.

Das Comité des Brüder-Vereins.

Die galvano-elektrischen Rheumatismus-Ketten, als sicherstes Mittel gegen die Cholera,
Preis à 15 Sgr., sind wiederum vorräthig bei
J. J. Heine, Markt 85.

Neustädter-Markt und Ritterstraße No. 1/229. ist Stallung und Wagen-Remise vom 1sten Oktober c. zu vermiethen. Näheres Breslauerstraße No. 6. eine Treppe hoch.

Sapiehaplatz No. 3. ist eine bequeme Familien-Wohnung, 3 Treppen hoch, sofort beziehbar, zu vermiethen.

Markt No. 52. sind Laden und Wohnungen, auch für einzelne Herren möblirte Stuben zu vermiethen.

Pfundhefen sind täglich frisch zu haben
bei A. Pakscher & Comp. und
bei M. Wassermann.

Wirklich Bairisches Lager-Bier
verkauft das Seidel zu 1 Sgr. 3 Pf.
E. Busch, Friedrichsstr. und Neustädt.-Markt-Ecke.

Die so sehr beliebten **Brust-Thee-Bonbons** sind wieder vorräthig bei E. Busch, Friedrichsstraßen-Ecke No. 25.

Grünberger Weintrauben
empfiehlt à Pfund 2½ Sgr in Fäßchen à 12 bis 30 Pfund. Die Fäßchen werden weder berechnet noch mitgewogen und nur die besten und schönsten Trauben gesandt.

G. Moschke in Grünberg in Schlesien.

Rebhühner, das Paar 9 Sgr., Krammetsvögel das Paar 3 Sgr., so wie anderes Wild offerirt zu billigen Preisen Stiller.

Berliner Börse.

Den 25. September 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	3½	73½	73
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	87½	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	3½	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	—	80
Grossh. Posener "	4	95⅞	—
" "	3½	78¼	—
Ostpreussische "	3½	—	86
Pommersche "	3½	—	89
Kur- u. Neumärk. "	3½	89⅛	88⅝
Schlesische "	3½	—	—
" v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	85¾	81¾
Friedrichsd'or	—	13 7/12	13 1/12
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	13	12½
Disconto	—	3½	4½
Eisenbahn-Actien, voll eingezahlte:			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	85¼
" Prioritäts-	4	—	—
Berlin-Hamburger	4	65	—
" Prioritäts-	4½	—	—
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	52	52
" " Prior. A. B.	4	—	—
" " "	5	—	—
Berlin-Stettiner	4	—	87½
Cöln-Mindener	3½	—	75¾
" Prioritäts-	4½	—	—
Magdeburg-Halberstädter	4	101½	—
Niederschles.-Märkische	3½	68½	68¾
" Prioritäts-	4	—	—
" "	5	—	—
" " III. Serie	5	—	—
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	88½	89
" " B.	3½	88½	89
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	—	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4½	51½	—
Stargard-Posener	4	—	66¼